



### **Ausschussvorsitzender**

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW entschuldigt

### **zusätzliches Mitglied**

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt  
gen. Sacken

### **sachkundige Einwohner**

Herr Christian Porath Bürgerbündnis-FDP nicht entschuldigt  
Herr Steve Schulz SPD entschuldigt  
Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW entschuldigt

### **Schriftführer/in:**

Frau Lina Schindler Fachbereich Bildung und Sport

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.09.2018 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam  
2018/2019  
Vorlage: 18/SVV/0614  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
FA, JHA (ff)  
betroffene OBR
- 3.2 Kiezbad für den Norden  
Vorlage: 18/SVV/0534  
Einreicher: Fraktion CDU/ANW, SPD  
HA, FA
- 3.3 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese  
Vorlage: 18/SVV/0348  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE  
SBV, JHA, WA KIS, HA
- 3.4 Kunstrasenplatz Nowawiese  
Vorlage: 17/SVV/0286  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE  
WA KIS

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018  
Vorlage: 18/SVV/0648  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4.2 Vorstellung des Grundbildungszentrums
- 4.3 Information Schulstandort Medienstadt
- 4.4 Sachstand Schulstandort Waldstadt-Süd
- 4.5 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung  
Sachstand Baumaßnahmen
- 5 Sonstiges
- 5.1 Gesamtstädtische Bäderplanung
- 5.2 Information Luftschiffhafen - Grundstücksankauf ProPotsdam
- 5.3 Schulausfall durch Bombenentschärfungen

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende **Herr Keller** eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.09.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Keller** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **7** stimmberechtigende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

**Herr Keller** bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder bei der Schulleitung der Zeppelin-Grundschule für die Bereitstellung und Vorbereitung des Sitzungsraumes und für die im Vorfeld durchgeführte Führung durch das Schulgebäude.

**Herr Schneegass** (stellvertretender Schulleiter der Zeppelin-Grundschule) erhält das Wort. Er geht auf die aktuelle Platzproblematik aufgrund der noch nicht fertiggestellten neuen Sporthalle auf dem Schulgelände ein. Da auch das

benachbarte Hannah-Arendt-Gymnasium die vorhandene Sporthalle nutzt habe die sportbetonte Zeppelin-Grundschule die Befürchtung, bei der Planung der Nutzungszeiten nicht ausreichend berücksichtigt zu werden.

Momentan sei eine parallele Nutzung durch die Grundschule und das Gymnasium nicht möglich. Die Grundschule müsse daher ausweichen. Er bittet die Ausschusmitglieder diesbezüglich um Unterstützung.

Ein weiteres wichtiges Thema sei der Schule die Aufrüstung der IT-Ausstattung. Die W-LAN-Nutzung sei in den meisten Räumen schon möglich, allerdings gebe es noch keinen Zugriff für die Kellerräume. Hier müsse nachgerüstet werden, da der Zugriff in allen Unterrichtsräumen zur Arbeit notwendig sei.

Die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung vom 18.09.2018 wird zur Abstimmung gestellt. Es erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird mit 6 Zustimmungen und 1 Enthaltung **zugestimmt**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

zum TOP 3.1 - Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2018/2019

- Herr Wernicke, Bereich Kindertagesbetreuung

Zum TOP 4.2 – Vorstellung des Grundbildungszentrums

- Frau Wartenberg, Projektleiterin Grundbildungszentrum
- Herr Dr. Xhyra, Direktor Volkshochschule Potsdam

Den vorliegenden Rederechten wird **zugestimmt**.

**Herr Keller** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4.5 - Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung Sachstand Baumaßnahmen zu Beginn der Sitzung zu behandeln, da Herr Richter die Sitzung früher verlassen muss, um am parallel stattfindenden Bauausschuss teilzunehmen.

Die Tagesordnungspunkte 3.3 – Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese und 3.4 - Kunstrasenplatz Nowawiese werden aufgrund noch ausstehender Unterlagen (Ministerbescheid und rechtliche Stellungnahme) vom Antragsteller Fraktion DIE aNDERE bis zur Ausschusssitzung im November **zurückgestellt**.

Unter TOP 5 – Sonstiges werden folgende Punkte mit aufgenommen:

TOP 5.1 – Gesamtstädtische Bäderplanung

TOP 5.2 – Information Luftschiffhafen – Grundstücksankauf Pro Potsdam

TOP 5.3 – Schulausfall durch Bombenentschärfungen

**Herr Gessner** bittet darum, die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Teil zu ergänzen:

TOP 6.1 – Information Verlegung Strandbad Babelsberg

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

#### **zu 4.5 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung Sachstand Baumaßnahmen**

**Herr Richter** stellt die aktuelle Präsentation zum Sachstand der Baumaßnahmen, anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation wird der Niederschrift

als Anlage beigefügt (**Anlage 1**).

Zur Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule berichtet er, dass bisher nur eine Brandschutzsanierung geplant gewesen sei. Aufgrund einer fehlenden Baugenehmigung hatte sich diese verzögert. In Abstimmung mit der Geschäftsbereichsleitung Bildung, Kultur und Sport wurde das Projektziel nun deutlich erweitert. Die Außenanlagen, Klassenräume und Fenster sind nun enthalten. Für die Zeit der Sanierung sei eine Containeranlage als Zwischenlösung notwendig.

Bezüglich der Außenanlagen wurden die Wünsche der Schülerinnen und Schüler bzw. der Schulleitung aufgenommen. Die Qualität der vorhandenen Anlage sei ausbaufähig. Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen werde im Sommer erfolgen.

Bezüglich der Turnhalle der Ludwig-Renn-Grundschule informiert er, dass diese nun zur Nutzung freigegeben worden ist.

Bezüglich der Schilfhofschule berichtet er, dass bis Monatsende der Längsriegel fertiggestellt werde.

Zum Sportplatz am Kuhforter Damm informiert er, dass statt dem Bau eines zusätzlichen Kleinspielfeldes die vorhandenen finanziellen Mittel für die Umwandlung eines vorhandenen Rasenplatzes in einen Kunstrasenplatz verwendet werden.

Bezüglich des Standortes Lerchensteig wurde sich seitens der AWO für die Bereitstellung der Fläche der „Variante 3“ entschieden.

**Frau Lange** bittet, im Punkt Grundschule Fahrland die Gesamtplanung für die Baumaßnahmen am Standort darzustellen. Bisher ist nur die Planung für die Erweiterung des Bestandsgebäudes enthalten. Sie geht auf die mit dem Protokoll der letzten Sitzung ausgereichte Präsentation zur Erweiterung der Regenbogenschule ein. Seitens des Trägers werde aufgrund der besseren Möglichkeit zur Beaufsichtigung eine Variante mit nur einem Hortgebäude und einem Spielplatz, statt einer Teilung der Flächen gewünscht.

Sie geht auf die angrenzende Friedhofsfläche ein. Sie fragt, ob nach der Zeit der Interimsnutzung durch den Hort die Möglichkeit einer Dauerhaften Weiterverwendung der Fläche besteht. **Herr Richter** informiert, dass eine weitere Nutzung möglich sei, eine konkrete Planung gebe es bisher noch nicht.

Auf Nachfrage von **Herr Sima**, ob es Planungen zur Raumsituation an der Zeppelin-Grundschule seitens der Verwaltung gebe, informiert **Herr Richter**, dass bis 2024 die Sanierung der Schule geplant sei. Zurzeit sei die Schaffung neuer Schulen jedoch vor Sanierungsarbeiten im Fokus.

**Herr Schneegass** fragt, ob bis zur kompletten Sanierung in 2024 gar keine Maßnahmen an der Schule geplant seien. Beispielsweise sind zum Teil die zurzeit vorhandenen Bodenbeläge nicht mehr zumutbar. Solche dringenden Maßnahmen sollten schon vor der Hauptsanierung durchgeführt werden. **Herr Richter** erläutert, dass der Austausch der Bodenbeläge auch ein Punkt auf der Sanierungsliste sei. Die Elektroinstallation, sowie die Verkabelung u.ä. seien ebenfalls eingeplant.

Unabhängig von diesen Planungen werden kleinere, dringende Maßnahmen aber auch vor der Hauptsanierung vorgenommen.

Auf Nachfrage von **Herr Wollenberg**, ob es für die Standorte Grundschule Bornim und Grundschule Bornstedter Feld, für den Fall das der Zeitplan nicht eingehalten werden kann, ein „Plan B“ gebe erklärt **Herr Richter**, dass für jedes Bauvorhaben ein „Plan B“ gebe. Falls der Neubau der Grundschule Bornim nicht bis zu den Winterferien fertiggestellt werden kann können die Räume in Form der Containeranlagen weiter verwendet werden. Für den Standort der Da-Vinci-

Gesamtschule würden in diesem Fall neue Containeranlagen bereitgestellt werden.

Für die Rote Kaserne Ost gebe es, im Falle der verspäteten Fertigstellung eine Reserve am Standort der Da-Vinci-Gesamtschule.

**Frau Naundorf** fragt nach Planungen zur Nachpflanzung von Bäumen an der Zeppelin-Grundschule. Eventuell sei eine Bepflanzung am hinteren Ende des Schulgeländes auch in Verbindung mit Schallschutz möglich. **Herr Richter** weist darauf hin, dass eine dortige Bepflanzung keine Schallschutzwirkung zur Folge hätte. Hier würde die neue Sporthalle für eine Minderung des Schalls sorgen.

**Herr Böttcher** bittet, in der nächsten Sitzung eine Berichterstattung zum Thema Ersatzflächen für den Wegfall der Sportflächen an der Uni Potsdam zu geben.

Auf Nachfrage von **Herr Keller**, ob auch die neueren geplanten Projekte in die Präsentation aufgenommen werden antwortet **Herr Richter**, dass diese mitaufgenommen werden, sobald eine konkrete Planung vorliegt.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2018/2019**

**Vorlage: 18/SVV/0614**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
FA, JHA (ff) betroffene OBR

**Herr Wernicke** stellt den Bedarfsplan vor.

Eine rechtzeitige Fortschreibung der Planung durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sei gesetzlich geregelt. Eine Fortschreibung erfolgt immer dann, wenn sich qualitative Änderungen ergeben.

In Potsdam geschieht dies, aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums, jährlich. Gemäß der IST-Erfassung können für das Jahr 2018/2019 insgesamt 18.638 Plätze in der Landeshauptstadt Potsdam bereitgestellt werden. Die Berechnung hierzu erfolgt aufgrund des tatsächlichen Bedarfes.

Auch in diesem Jahr kann somit wieder eine bedarfsgerechte Versorgung realisiert werden.

**Herr Wollenberg** fragt, ob bei der Berechnung der Quoten auch beachtet wurde, dass vermehrt 5.- und 6. Klässler den Hort in Anspruch nehmen.

**Herr Wernicke** erläutert, dass diese Quoten sich an tatsächlichen Bedarfen orientieren. An manchen Standorten gebe es eine Planungsquote von 70 %, an anderen eine von 60 %. Daher sei eine individuelle Betrachtung der Standorte wichtig.

**Herr Keller** informiert, dass zur Beschlussvorlage bereits am 26.09.2018 im Finanzausschuss behandelt und angenommen wurde.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2018/2019

1. Gemäß den Planungsquoten (siehe Anlage), unter Berücksichtigung unvorhersehbarer Bedarfe, ergibt sich für Potsdamer Kinder ein voraussichtlicher Maximalbedarf i. H. v. **19.788 Kita-Plätzen** im Kita-Jahr 2018/2019 in der Landeshauptstadt Potsdam. Der Maximalbedarf unterteilt sich in 4.543 Plätze für Kinder von 0 bis unter 3 Jahren, 7.111 Plätze für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt und 8.134 Plätze für Kinder im Grundschulalter.
2. Gemäß der IST-Erfassung aller Einrichtungen können für das Kita-Jahr 2018/2019 insgesamt **18.638 Plätze** in der Landeshauptstadt Potsdam bereitgestellt werden. Diese unterteilen sich in 3.929 Plätze für Kinder von 0 bis unter 3 Jahren, 6.575 Plätze für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt und 8.134 Plätze für Kinder im Grundschulalter. Dieses Platzangebot wird sichergestellt durch 123 Einrichtungen bei 48 freien Trägern, 8 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi), 7 pädagogisch begleiteten Eltern-Kind-Gruppen, eine Kurzzeitkinderbetreuung sowie ca. 95 Tagespflegepersonen analog der sozialräumlichen Aufschlüsselung im Kita-Bedarfsplan (siehe Anlage).
3. Zur Sicherstellung der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags gemäß § 80 SGB VIII ist das Plus von **1.150 Kita-Plätzen** dringend für die Befriedigung von unvorhersehbaren sowie von Bedarfen außerhalb des Kita-Jahreswechsels erforderlich.
4. Um den kommunalen Herausforderungen Rechnung zu tragen und eine gemeinsame Zielsetzung zu entwickeln, ist im Zuge der aktuell in der Erarbeitung befindlichen Schulentwicklungsplanung eine integrierte Planung von Kita- und Schulbedarfen vorgesehen. Ziel ist es, ein strukturiertes und ressortübergreifendes mittel- und langfristiges Planwerk vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.2 Kiezbad für den Norden**  
**Vorlage: 18/SVV/0534**  
Einreicher: Fraktion CDU/ANW, SPD  
HA, FA

**Herr Heinzel** bringt die Vorlage ein.

Seit der Standortentscheidung für das blu am Brauhausberg haben sich das tatsächliche Wachstum der Stadt sowie die Prognosen stark verändert. Mit den neu entstehenden Wohngebieten z.B. in der Heinrich-Mann-Allee und in der Pirschheide sowie den zusätzlich notwendigen Schulen wird sich der Einzugsbereich für das blu deutlich verändern. Im Norden entstehen neue Wohngebiete z.B. in Krampnitz mit deutlich mehr Einwohnern als ursprünglich geplant. Die für Neu-Fahrland, Fahrland und im Bornstedter Feld kalkulierte Einwohnerzahl wird nach aktuellen Prognosen weit übertroffen. Daraus resultiert ein Mehrbedarf an Schulen im Norden, sodass in absehbarer Zeit allein im Potsdamer Norden über 10 Schulen mit Badbedarfen eingeplant werden müssen.

Mit einem Kiezbad z.B. im Bornstedter Feld, wo ein Grundstück zur Verfügung

steht, würden zusätzlich die Hol- und Bringverkehre in die Innenstadt entfallen. Straßenbahnen, Busse und Straßen würden entlastet und insgesamt Verkehr aus der Innenstadt fern gehalten. Das für Krampnitz vorgesehene Verkehrskonzept, Wege zu vermeiden, würde nur konsequent fortgesetzt. Eine Anpassung der Stadtentwicklung auch im Badbereich erscheint daher dringend erforderlich. Die Entwicklung des stark wachsenden Potsdamer Nordens muss daher auch im Bereich der sozialen Infrastruktur und der Sportmöglichkeiten den übrigen Stadtgebieten angepasst werden. Der Bedarf ist unbestreitbar und in der jetzigen Entwicklungsphase besteht noch die Möglichkeit, den Norden vorausschauend und zukunftsorientiert zu gestalten. Er weist darauf hin, dass der Finanzausschuss den Antrag bereits positiv votierte.

**Herr Keller** weist darauf hin, dass durch den Finanzausschuss der Termin zur Vorstellung des Prüfergebnisses von Dezember 2018 auf März 2019 verschoben wurde.

Der Antrag wird wie folgt **geändert** zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt geändert zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in absehbarer Zeit ein Kiezbad für den stark wachsenden Potsdamer Norden realisiert werden kann.

Das Ergebnis ist bis ~~Dezember 2018~~ **März 2019** dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

### zu 3.3 **Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese**

**Vorlage: 18/SVV/0348**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE  
SBV, JHA, WA KIS, HA

**Frau Aubel** informiert, dass die Freigabe des rechtlichen Gutachtens heute erfolgt sei. Man werde die Unterlagen (Ministerbescheid, rechtliche Stellungnahme und schriftliche Vereinbarung zur Nutzung des Strandbades) im Nachgang der Sitzung an die Ausschussmitglieder versenden.

Der Antrag wird, bis zur Ausschusssitzung im November **zurückgestellt**.

### zu 3.4 **Kunstrasenplatz Nowawiese**

**Vorlage: 17/SVV/0286**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE  
WA KIS

Der Antrag wird, bis zur Ausschusssitzung im November **zurückgestellt**.

## zu 4      **Mitteilungen der Verwaltung**

### zu 4.1      **Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018**

**Vorlage: 18/SVV/0648**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

**Herr Keller** informiert, dass Herr Jekel aus dem Fachbereich Soziales und Gesundheit aufgrund seiner Teilnahme am zeitgleich stattfindenden Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion, in welchen der Antrag ebenfalls überwiesen wurde, nicht an der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport teilnehmen kann. Er empfiehlt, den Antrag bis zur Novembersitzung zurückzustellen und Herr Jekel zu dieser erneut einzuladen.

**Frau Aabel** geht auf das Gesamtkonzept ein. Intention sei die Zusammenführung von Kompetenzen sowie personellen und finanziellen Ressourcen innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam. Da der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung hier federführend sei empfiehlt sie ebenfalls Herrn Jekel zur nächsten Sitzung erneut einzuladen. Im Geschäftsbereich, Bildung, Kultur und Sport sei die Arbeit der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser angedockt. Die Entwicklungen zur Zusammenführung werden in diesem Bereich als positiv angesehen.

Der Antrag wird bis zur Ausschusssitzung im November **zurückgestellt**.

### zu 4.2      **Vorstellung des Grundbildungszentrums**

**Frau Wartenberg** stellt anhand einer Präsentation die Zwischenergebnisse der dreieinhalbjährigen Arbeit des Grundbildungszentrums vor. (**Anlage 2**) Insgesamt gebe es 7 Grundbildungszentren im Land Brandenburg. Sie berichtet, dass es laut einer Studie der Universität Hamburg deutschlandweit 7,5 Millionen funktionale Analphabeten gebe. Sie geht auf die betroffenen Zielgruppen und auf die Begrifflichkeiten funktionaler Analphabetismus und Grundbildung ein. Sie stellt die verschiedenen Grundbildungskurse vor und zeigt anhand von Diagrammen, dass die Anzahl der Unterrichtseinheiten der Grundbildungskurse vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2018 stark gestiegen sind. Auch gebe es Angebote für die Mitarbeiter der Landeshauptstadt Potsdam. Der Kurs „Einführung in die leichte Sprache“ wurde sehr oft angewählt. Sie geht auf die Öffentlichkeitsarbeit ein. Im Schnitt gebe es 10 Veranstaltungen pro Jahr. Auch Netzwerkarbeit werde betrieben und viele Kooperationen seien entstanden.

Sie weist darauf hin, dass die Förderung durch ESF und Landesmittel von 2015 – 2020 gegeben sei. Ab 2021 entfällt diese. Geplant sind weitere dezentrale Angebote, neue Kooperationen und die internationale Vernetzung.

Sie geht auf das Verbundprojekt GrubiSO – Grundbildung im Sozialraum lebensweltlich orientiert ein. Hier habe man den Zuschlag erhalten. Für die Zeit ab dem 01.01.2021 sei geplant, die Grundbildung als eigenen Programmbereich an der Volkshochschule zu etablieren. Auch soll eine feste Stelle als Programmbereichsleitung entstehen. Des Weiteren wird ein zusätzliches Honorar für Übersetzungsarbeiten in Leichte und Einfache Sprache angestrebt.

Auf Nachfrage von **Herr Sima** zur Aufteilung der Fördersumme von 766 Tsd. Euro erläutert Frau Wartenberg, dass 622 Tsd. Euro für Personalkosten und das

restliche Geld für Sachkosten verwendet werden.

**Herr Wollenberg** fragt, ob es seitens der Verwaltung Planungen zur Unterstützung des Grundbildungszentrums gebe, sobald die Förderung ausläuft und ob diese in den Haushaltsplanungen berücksichtigt wird.

**Frau Aibel** erläutert, dass die Volkshochschule ebenfalls Teil der Verwaltung sei. Sie lobt die bisherige Arbeit des Grundbildungszentrums und besonders auch die Arbeit von Frau Wartenberg in den letzten Jahren. In den Haushaltsberatungen werde man die geplanten Stellen und Sachkosten mit anbringen. Ein solches Projekt müsse nachhaltig verankert werden. Man werde auch weiterhin aktiv Drittmittel anwerben allerdings müsse die Verankerung im städtischen Haushaltsplan unabhängig davon gesichert werden. Sie bittet für diese Vorhaben um Unterstützung durch die Fraktionen.

**Frau Naundorf** fragt, ob die Möglichkeit der Umsetzung in Leichte Sprache nicht auch wirtschaftlich betrieben werden könne. **Frau Wartenberg** erklärt, dass dies theoretisch möglich sei, sobald die Drittmittelförderung ausläuft.

Auf Nachfrage von **Frau Wieczorek**, ob auch Migranten die Kursangebote wahrnehmen können erläutert **Frau Wartenberg**, dass dies möglich sei. Voraussetzung sei allerdings das Sprachlevel B2. Die meisten Teilnehmer seien aktuell aber deutschsprachig.

**Herr Wollenberg** regt an, auch die Verwaltungspapiere in einfacher Sprache zu verfassen.

**Herr Dr. Xhyra** erhält das Wort. Er bittet die Ausschussmitglieder ebenfalls um Unterstützung der Grundbildungsarbeit. Das Grundbildungszentrum müsse in der Haushaltsplanung bedacht werden. Der Erhalt eines solchen Angebotes sei nachhaltig Wichtig für die Gesellschaft. An der Volkshochschule gebe es auch für geflüchtete Menschen Unterstützung in Form von Sprachkursen, sowie speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtete Lese- und Schreibkurse.

#### zu 4.3 Information Schulstandort Medienstadt

**Herr Hilbert** informiert, dass die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nun abgeschlossen sei und das Interessenbekundungsverfahren bis zum 17.10.2018 durchgeführt werde. Parallel werde die Ausschreibung der Beratungsleistung durchgeführt. Im Mai 2019 werde man dies voraussichtlich abgeschlossen haben. Im nächsten Schritt folgt das Vergabeverfahren (2-stufig) für die Bereitstellung des Grundstückes, der Bauleistungen und der Finanzierung durch den privaten Investor. Bis April 2020 seien der Abschluss der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sowie die Beschlussfassung durch die SVV geplant. Die Bauphase werde nach vorläufiger Planung bis 2023/2024 abgeschlossen werden können. (**Anlage 3**)

**Frau Aibel** weist darauf hin, dass für den Fall das nur ein Teilnehmer / Bieter aus dem Interessenbekundungsverfahren hervorgeht eine sofortige Verhandlung möglich sei und somit Zeit gewonnen würde.

Aufgrund der Anmerkung von **Frau Naundorf**, das die Möglichkeit der Kooperation mit einem privaten Investor angestrebt wurde um eine schnellere Umsetzung zu ermöglichen und man nun ein langes Verfahren abwarten müsse informiert **Frau Aibel**, dass die Realisierung am Standort Sandscholle ein noch längeres Verfahren zur Folge hätte. In gemeinsamen Gesprächen mit den beteiligten Fachbereichen wurde das schnellst- und bestmögliche Verfahren

ausgewählt. Zeitlich wurden schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft um das Verfahren zu verkürzen. Falls nur ein potentieller Investor hervorgeht könne das Verfahren schneller abgeschlossen werden.

**Herr Heinzl** merkt an, dass die Vorbereitung eines solchen Verfahrens viel Zeit in Anspruch nehme und es gut sei, dass man nun, für den Fall das ein solches Verfahren in der Zukunft noch einmal notwendig wird, vorbereitet ist.

**Herr Keller** weist darauf hin, die Bebauung am Standort Sandscholle weiterhin im Plan stehe, falls sich die Möglichkeit der Bebauung an der Medienstadt nicht als am wirtschaftlichsten erweist.

**Herr Wollenberg** geht auf die Bemerkung von **Herr Heinzl** ein. Er hoffe, dass ein solches Verfahren die Ausnahme bleibt. Die Stadt sollte auf eigenen Grundstücken planen und bauen.

Auf Nachfrage von **Herr Wollenberg**, welche Verkürzungen sich für den Fall das nur ein Investor hervorgeht ergeben würden erklärt **Frau Aabel**, dass ein Berater trotzdem nötig sei, sich allerdings ein Zeitersparnis von ca. einem halben Jahr ergeben könne.

#### zu 4.4 Sachstand Schulstandort Waldstadt-Süd

**Herr Hilbert** nimmt Bezug auf die Festlegungen mit dem Beschluss zum Bebauungsplan für den Schulstandort Waldstadt-Süd zu welchem die Leitentscheidung im Sommer erfolgt ist. Ziel bei der Bebauung am Standort sei es, den Waldstadtcharakter weitestgehend beizubehalten. Ein Arbeitsgespräch gemeinsam mit der Bürgerinitiative, den Vertretern der Ausschüsse, sowie Vertretern aus der Verwaltung wurde am 06.09.2018 durchgeführt.

Im Zuge dieses Arbeitsgespräches erhielt die Bürgerinitiative die Möglichkeit Fragen zu stellen. Sie warb dafür, auf die geplanten Sportflächen zu verzichten.

**Herr Keller** ergänzt, dass auch Fragen bezüglich der Verkehrssituation, zum Lärmschutz sowie zum Landschaftsschutzgebiet gestellt wurden. Seitens der Verwaltung wurden die geforderten Informationen gegeben.

Es wird zugesagt, dass Protokoll des Arbeitsgespräches als Anlage an die Niederschrift zu hängen (**Anlage 4**).

Aufgrund der Äußerung von **Herr Keller**, dass die Bürgerinitiative vermutlich andere Erwartungen von der Veranstaltung hatte erläutert **Herr Hilbert**, dass die Bürgerinitiative die Hoffnung hatte, die grundsätzliche Entscheidung noch zu diskutieren und zu verändern, jedoch handelte es sich um ein Arbeitsgespräch zu dem bereits beschlossenen Bauvorhaben. **Herr Keller** ergänzt, dass seitens der Bürgerinitiative gefordert wurde, z.B. den Baukörper zu verschieben. Die Anregungen der Bürgerinitiative wurden aber seitens der Verwaltung aufgenommen.

#### zu 5 Sonstiges

##### zu 5.1 Gesamtstädtische Bäderplanung

**Frau Naundorf** fragt, ob es eine Gesamtstädtische Planung der Bäder in Potsdam gibt.

**Herr Gessner** informiert, dass es im Rahmen der bestehenden integrierten Sportentwicklungsplanung eine entsprechende Betrachtung der Bäder gibt. Diese ist mit Inbetriebnahme des Sport- und Freizeitbades aktualisiert worden. Dabei wird von den Kennwerten des „Goldenen Planes“ und den Vorgaben des BISP

ausgegangen. Er erinnert an das Werkstattverfahren zur Schwimmbadversorgung im Jahr 2012. Hier wurde in einem breit aufgestellten kooperativen Prozess eine Bedarfsermittlung aufgrund der damaligen Bevölkerungsprognose durchgeführt. Diese ging seiner Zeit von weit weniger Wachstum aus. Bereits nach dem ersten Betriebsjahr ist das Blu sehr gut ausgelastet. Es sind 38% mehr Besucher zu verzeichnen. Laut aktueller Prognose rechnet man bis zum Jahr 2035 mit einem Mehrbedarf von ca. 56 % für Vereinsschwimmen. Für das Schulschwimmen ergebe sich ein Mehrbedarf von ca. 35 %. Insgesamt würden ca. 750 Bahnen/Stunden im Jahr 2035 zusätzlich benötigt werden. In einem 25m Bad mit 5 Bahnen können ca. 500 Bahnen/Stunden dargestellt werden. Ein solches Bad wird demnach voraussichtlich spätestens in 7 Jahren gebraucht.

## **zu 5.2 Information Luftschiffhafen - Grundstücksankauf ProPotsdam**

**Frau Aubel** geht auf die Ausschusssitzung am 18.09.2018 ein. Zum Bericht über die geplante Sanierung am Luftschiffhafen und der Frage nach möglichen Ergänzungsflächen für den Fußballvereinssport ergaben sich Nachfragen bezüglich der Möglichkeit einer Vergrößerung des „Käfig“. In einer Rücksprache mit Herrn Nicke (Geschäftsführung Pro Potsdam) wurde informiert, dass für das betroffene Grundstück eine andere strategische Überlegung vorliegt und man dieses somit bisher nicht zur Planung freigeben könne. Noch in diesem Jahr werde es eine Information geben, um welche strategischen Überlegungen es sich handelt und dann könne auch eine Information an den Ausschuss gegeben werden, ob eine Vergrößerung möglich sei.

**Herr Wollenberg** bittet darum, die Geschäftsführung für die Sitzung im Dezember mit einzuladen und diese zu bitten, im Ausschuss über die Planungen zu informieren.

Für den Dezember, sobald der Spielplan der Potsdam Royals vorliegt, sind Gespräche mit den beiden Vereinen geplant um für mögliche konfliktäre Nutzungen in der Saison 2019 konstruktive Lösungen zu finden.

## **zu 5.3 Schulausfall durch Bombenentschärfungen**

**Herr Sima** informiert, dass aufgrund der häufigen Sperrungen durch Bombenentschärfungen an der Heinrich-Mann-Allee (3 Fälle in diesem Jahr) bereits mehrfach der Unterricht am Humboldt-Gymnasium ausgefallen sei. Er fragt, ob es Planungen seitens der Verwaltung gebe, um Unterrichtsausfälle an den betroffenen Schulen, welche durch die Sperrungen während der Bombenentschärfungen entstehen, zu vermeiden. Nach aktuellen Informationen werde es in der nächsten Zeit noch weitere Entschärfungen in diesem Bereich geben. Kurzfristig wurden Lösungen - wie Hausarbeit für die Schüler - gefunden, doch sei dies keine dauerhafte Lösung. Er fragt, ob es Ausweichstandorte für die Schülerinnen und Schüler gebe.

**Frau Aubel** weist darauf hin, dass diese Problematik in Richtung der Verwaltung bisher nicht artikuliert worden sei. Eine Auslagerung der Schülerinnen und Schüler in Gänze sei nicht möglich, allerdings werde es Gespräche mit der Schule zu möglichen Lösungen geben. Ob hier eine grundsätzlich andere Vorgehensweise bei der Entschärfung möglich sei, werde mit dem Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung geklärt.

**Frau Schkölziger** weist darauf hin, dass dieses Problem mehrere Schulen betreffe. Vielleicht sei auch die Veränderung des Unterrichtsbeginnes eine mögliche Lösung.

**Herr Wollenberg** ergänzt, dass die Verlegung der Bombenentschärfungen auf Samstage geprüft werden sollte.

**Frau Naundorf** ergänzt, dass man sich mit den betroffenen Schulen absprechen sollte. Vielleicht ist eine Verlegung der Entschärfungseinsätze auf schulfreie Tage möglich.

**Herr Adler** merkt an, dass die Entschärfungen bis jetzt immer durch den Kampfmittelräumdienst organisiert wurden. Vielleicht habe man bessere planerische Möglichkeiten, wenn die Bombenentschärfungen durch ein anderes Unternehmen durchgeführt werden.